

**piratenpartei**

www.piratenpartei.at

A-1014 Wien, Postfach 173

GZ: BM-LR 1 340/0005-III/1/2011 d. BMI

Stellungnahme der Piratenpartei Österreichs zu 313/ME: Ministerialentwurf betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Sicherheitspolizeigesetz, das Polizeikooperationsgesetz und das Bundesgesetz über die Einrichtung und Organisation des Bundesamtes zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung geändert werden**Vorwort:**

Ganz offensichtlich wurden zumindest Teile dieses Gesetzes unter dem Eindruck der Attentate von Oslo am 22. Juli 2011 angefertigt. Eine derartige Anlassgesetzgebung ohne vorhergehende genaue Untersuchung und eingehender öffentlicher Debatte ist selten brauchbar, sondern meist lediglich zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit geeignet und wird daher von der Piratenpartei Österreichs abgelehnt.

Inhaltliche Anmerkungen:

Dieses Gesetz gibt den Überwachungsbehörden zahlreiche Möglichkeiten, unkontrolliert Staatsbürger zu überwachen und deren Freiheit zu beschränken.

So lässt sich bei Punkt 6 („Erweiterte Gefahrenforschung bei Einzelpersonen“) die Kriterien problemlos auf jeden Anhänger einer regierungskritischen o.ä. Gruppierung hinbiegen. Auch Punkt 12 („Beauskunftung von Standortdaten“) ist bestens zur Überwachung unliebsamer Personen geeignet, insbesondere durch die Ausweitung auf etwaige Begleitpersonen und den fehlenden Schutz für Berufsgruppen wie Rechtsanwälte o.ä.

Die vorgeschlagene Kontrolle durch einen Rechtsschutzbeauftragten im BMI ist nicht einmal ansatzweise brauchbar, da es sich dabei um einen Angehörigen des selben Apparates handelt, welcher die Ermittlungen durchführt.

Punkt 34 („Unbefugtes Verwenden geschützter grafischer Darstellungen der Sicherheitsbehörden und Polizeikommanden“) ist wiederum besonders gegen freie Berichterstattung und die Freiheit der Kunst generell gerichtet. Hier wird offensichtlich beabsichtigt, eventuell kritische Beiträge bereits im Vorfeld abzuwürgen.

Abschließendes Statement:

Das Sicherheitspolizeigesetz war schon bisher ausgesprochenes Flickwerk und würde durch die vorgeschlagenen Änderungen nur noch schlechter, da es massive und unkontrollierte Eingriffe in Bürger- und Menschenrechte zulässt und sogar fördert.

Die Piratenpartei Österreichs spricht sich somit klar gegen diesen Entwurf aus und schlägt vor, stattdessen das gesamte Sicherheitspolizeigesetz durch ein sorgfältig ausgearbeitetes Gesetz zu ersetzen, welches sowohl zeitgemäss als auch konform mit Bürger- und Menschenrechten ist.

Für die Piratenpartei Österreichs (PPÖ):

Peter Stadlmaier - Justizsprecher